

Kollateralschaden für Selbstständige?

Während sich die Gründungstätigkeit auf niedrigem Niveau befindet, denkt das Bundesarbeitsministerium über einen Gesetzesentwurf zum Thema Scheinselbstständigkeit und eine Altersvorsorgepflicht für Selbstständige nach. Genügend Stoff für ein Gespräch mit Dr. Andreas Lutz vom Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland e. V. (VGSD), den der WIRTSCHAFTSSPIEGEL in München traf.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Die frühere Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) verunsicherte Selbstständige mit dem Damoklesschwert Pflichtversicherung. Anstatt dass jetzt Ruhe einkehrt, hat sich ihre Nachfolgerin Andrea Nahles (SPD) das Thema Scheinselbstständigkeit und – erneut – eine Altersvorsorgepflicht für Selbstständige auf die Fahne geschrieben.

Dr. Lutz: Obwohl man das Thema Scheinselbstständigkeit inhaltlich eigentlich streng vom Thema Rentenversicherungspflicht trennen muss – beim einen geht es um Arbeitsrecht, beim anderen um Sozialversicherungsrecht –, werden beide Themen in engem Zusammenhang gesehen. Frei nach dem Motto: Wenn wir schon keine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige zustande bekommen, dann gehen wir einen anderen Weg, um die Menschen in die Rentenversicherung zu zwingen.

Noch mehr Bürokratie

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Warum waren und sind Sie gegen eine Versicherungspflicht für Selbstständige?

Dr. Lutz: Diejenigen, die gut verdienen, betreiben von ganz allein Vorsorge für das Alter. Sie haben ein vitales Interes-

se daran, dass sie ihren Lebensstandard auch nach ihrem Berufsleben wahren können. Für diese Gruppe hätte eine Versicherungspflicht zu einer enormen Bürokratie geführt. Für manche Selbstständige hätte diese Versicherungspflicht auch bedeuten können, dass sie eine nachhaltige Altersvorsorge (zum Beispiel Immobilienkauf) in eine andere Form der Altersvorsorge mit Verlust hätten umwandeln müssen. Dann gibt es natürlich auch die Gruppe von Selbstständigen, die unterhalb des Durchschnittsverdienstes liegen. Am Beispiel der „gut gemeinten“ Krankenversicherungspflicht haben wir bereits sehen können, dass sie eben nicht dazu führt, dass alle Selbstständigen und Freiberufler auf einen Schlag krankenversichert sind. Stattdessen konnten Hunderttausende per Gesetz krankenversicherungspflichtige Selbstständige ihre Beiträge nicht mehr zahlen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: In der Folge bauen die Betroffenen enorme Schulden gegenüber der Krankenversicherung auf.

Dr. Lutz: Und zum Arzt trauen sie sich trotzdem nicht. Wenn also jetzt beim Thema Altersvorsorge genau dasselbe passieren würde, kann das doch nicht richtig sein. Muss man stattdessen nicht ressortübergreifend darüber nachdenken, ob man einen reduzierten Mindestbeitrag einführt? In diesem Fall hätten die Selbstständigen zukünftig auch mehr Geld, um mehr für ihre Altersvorsorge zu tun.

„Hexenjagd auf Scheinselbstständige“

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Im Rahmen einer Petition fordert Ihr Verband jetzt „Schluss mit der Hexenjagd auf Scheinselbstständige“.

Dr. Lutz: Wir haben uns sehr lange mit dem Begriff der Hexenjagd auseinandergesetzt. Die Hexenjagd spiegelt das Gefühl der Verfolgung wider, das viele Selbstständige verspüren. Sie fühlen sich in ihrer selbstständigen Existenz bedroht. Mit unserem Engagement möchten wir sicherstellen, dass es in Deutschland auch in Zukunft möglich ist, Aufträge an Selbstständige zu vergeben. Das muss eigentlich möglich sein, ohne dass man vorher einen Steuerberater oder einen Rechtsanwalt fragen muss! Leider ist das heute oft nicht einmal mehr ausreichend. Häufig ist zu hören, dass ein Selbstständiger aufgefordert wird, ein Statusfeststellungsverfahren in die Wege zu leiten. 6 bis 12 Monate dauern solche Verfahren, und auch sie bringen keine wirkliche Rechtssicherheit.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Warum sollte die schwarz-rote Bundesregierung ein Interesse haben, begeisterungs- und in-

novationsfreudigen Entrepreneuren das Leben schwer zu machen?

Dr. Lutz: Das fragen wir uns natürlich auch. Vordergründig geht es dem Arbeitsministerium um die Bekämpfung von Missbrauch. Dieses Anliegen stößt bei uns auf offene Ohren, denn wir vertreten auch die Auffassung, dass Missbrauch mit effektiven Mitteln bekämpft werden muss. Das darf aber nicht dazu führen, dass alle Selbstständigen zu Kollateralschäden gemacht werden.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Genau davor fürchten sich doch viele Selbstständige, oder?

Dr. Lutz: Das Problem besteht darin, dass viele Auftraggeber verunsichert sind und zurückhaltender Aufträge an selbstständig tätige Experten vergeben, obwohl das über Vermittler risikofrei möglich ist. Stattdessen beauftragen sie größere Beratungsunternehmen, die ihnen anschließend Angestellte ins Unternehmen schicken. Daraus entsteht ein großer Wettbewerbsnachteil für viele Solo-Selbstständige. Anders ausgedrückt: Eine politische Maßnahme, die mit dem Schutz von Solo-Selbstständigen begründet wird, führt dazu, dass diese Marktteilnehmer keine Aufträge mehr bekommen. Viele Auftraggeber bieten ihren Auftragnehmern an, im Rahmen von Zeitarbeit bzw. befristeten Verträgen tätig zu werden. Ein echter Selbstständiger möchte das natürlich nicht! Der Gesetzgeber würde in diesen Fällen gut bezahlte selbstständige Tätigkeit in befristete Beschäftigung oder schlechter bezahlte Leiharbeit umwandeln. Das kann der Gesetzgeber nicht ernst meinen!

Das Risiko eines Statusfeststellungsverfahrens

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Was tun?

Dr. Lutz: Unisono wird empfohlen, sich nicht auf ein Statusfeststellungsverfahren einzulassen. Es ist völlig unvorhersehbar, was am Schluss herauskommt.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Ein zentraler Ansatzpunkt für die Rentenversicherung ist das Thema Bezahlung bei selbstständiger Beschäftigung.

Dr. Lutz: Ein Selbstständiger vereinbart mit seinem Auftraggeber häufig eine Bezahlung nach Stunden, Tagen oder Monaten. Solche Dienstverträge sind schon seit über 100 Jahren im BGB geregelt. Inzwischen ist es aber so, dass derartige Vereinbarungen als Kriterium für Scheinselbstständigkeit gewertet werden können. Wenn ein betroffener Selbstständiger die Rentenversicherung fragt, wie er sich „korrekt“ bezahlen lassen soll, heißt es, dass er einen Werkvertrag abschlie-

Ben soll. Das mag in dem einen oder anderen Fall kein Problem sein. Wenn ich mich aber in einem komplizierten IT-Projekt befinde, bei dem die Anforderungen oft erst mit Expertenhilfe entwickelt werden müssen und sich häufig ändern, wäre eine Zusammenarbeit auf Werkvertragsbasis für einen Solo-Selbstständigen wirtschaftlich untragbar.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Richten sich die Maßnahmen gegen Scheinselbstständigkeit primär an Selbstständige und Freiberufler in der IT-Branche?*

Dr. Lutz: Betroffen sind alle Branchen, vor allem solche, in denen man viel Zeit beim Kunden verbringen muss. Aufgrund der räumlichen Nähe zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer lässt sich in diesen Fällen eine Einbindung in die Organisation des Auftraggebers sowie Weisungen durch den Kunden unterstellen.

Öffentliche Hand bezahlt oft schlecht

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Viele Kritiker bemängeln, dass der Staat als Auftraggeber überhaupt nicht mit gutem Beispiel vorangeht und billige Honorarkräfte (Dozenten, Lektoren, Musiktherapeuten) beauftragt. Das ist auch ein staatlich beauftragtes und finanziertes Heer von Scheinselbstständigen, oder?*

Dr. Lutz: Das passt überhaupt nicht zusammen! Einerseits wirft der Staat der Privatwirtschaft vor, dass sie nicht korrekt arbeitet. Andererseits bezahlt die öffentliche Hand Selbstständige und Freiberufler oft sehr schlecht. Es ist zu beobachten, dass angestellte Tätigkeit in diesem Segment in befristete Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wird. Das bekannteste Beispiel für Scheinselbstständigkeit kommt aus dem Deutschen Bundestag. Daniel Moucha, ein Mitglied unserer Arbeitsgruppe, hat 9 Jahre für das Parlament gearbeitet. Im Rahmen eines Statusfeststellungsverfahrens ging es um die Frage, ob die Bundestagsverwaltung ihn und seine Kollegen korrekt bezahlt und zu Recht als freie Honorarkräfte – und nicht als Angestellte – behandelt. Dabei kam heraus, dass der Bundestag ihn und seine Kollegen als Scheinselbstständige beschäftigt hat und damit gegen Vorschriften verstößt, die er selbst für alle Unternehmen im Land erlassen hat.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Den schwarzen Peter hat trotzdem Daniel Moucha, denn er bekommt seitdem von der Bundestagsverwaltung keine Aufträge mehr.*

Dr. Lutz: Deswegen ist er mit uns der Auffassung, dass mit dieser Gesetzgebung keiner gewinnen kann. Wenn die Rechtsunsicherheit zu groß ist, gewinnt meistens immer der Mächtigere und nicht derjenige, der Recht hat. Für eine Einzelperson wie Daniel Moucha ist der Kraftaufwand, der für einen Gang durch die Instanzen



DR. ANDREAS LUTZ
Foto: Detlef Fleischer

notwendig ist, finanziell und zeitlich kaum zu schaffen. Deswegen überlegen sich viele Selbstständige und ihre Auftraggeber, ob sie es auf eine Klage gegen die Rentenversicherung ankommen lassen wollen. Schließlich ist das ein mächtiger Gegner mit tiefen Taschen. Der DRV geht es letztendlich wohl auch darum, Präzedenzurteile zu erwirken. Wenn man einfach nur genügend Leute verklagt, kann man sich Präzedenzurteile erstreiten. In Kürze werden wir wohl erleben, welche Konsequenzen daraus erwachsen. Im Herbst 2015 soll der Gesetzesentwurf gegen den Missbrauch von Werkverträgen auf den Tisch gelegt werden. Die Präzedenzurteile bzw. die Praxis der Deutschen Rentenversicherung soll in einem Gesetz festgeschrieben werden.

Wann liegt „richtige“ Selbstständigkeit vor?

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *In einem Interview mit der Zeitschrift »personalmagazin« forderte Prof. Dr. Martin Henssler, der geschäftsführende Direktor des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht an der Universität zu Köln, dass der Gesetzgeber endlich Positivkriterien formulieren muss.*

Dr. Lutz: Wenn eine dieser Positivkriterien – zum Beispiel ein bestimmter Verdienst pro Stunde – erfüllt wird, muss klar sein, dass in diesem Fall tatsächlich eine „richtige“ Selbstständigkeit vorliegt. Wenn ein Selbstständiger ein Mehrfaches des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohns verdient, sollte er schließlich in der Lage sein, seine Sozialversicherungsbeiträge zu bezahlen. Außerdem sollte man in diesen Fällen davon ausgehen dürfen, dass diese Honorare kostendeckend sind.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Apropos Mindestlohn. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass 18 Prozent der Solo-Selbstständigen weniger als 5 € netto verdienen. DIW-Forschungsdirektor Prof. Dr. Alexander S. Kritikos sagte daraufhin: „Die Zahl der*

Kümmer-Existenzen ist höher als ich erwartet hatte.“

Dr. Lutz: Ich habe mich intensiv mit dieser Studie auseinandergesetzt. Prof. Kritikos hat anhand des sozio-ökonomischen Panels das Nettoeinkommen von Selbstständigen und Angestellten verglichen. Dabei wurde zwischen Solo-Selbstständigen und Selbstständigen mit Mitarbeitern differenziert. Die zugehörige Pressemitteilung hat das DIW mit dem Satz überschrieben: „Und Selbstständigkeit lohnt sich doch.“ Man hatte geringere Einkünfte erwartet. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass Solo-Selbstständige im Durchschnitt rund 2,50 € netto mehr pro Stunde verdienen als Angestellte. Leider hat sich die Presse nur auf die Aussage gestürzt, dass ein bestimmter Teil der Selbstständigen nur über ein geringes Nettoeinkommen verfügt. Das führt dazu, dass in Teilen der Medien kommuniziert wird, dass die Solo-Selbstständigen alle prekär leben und arbeiten. Schnell steht dann das Wort von der „Kümmer-Existenz“ im Raum. Und von dort ist es häufig nicht mehr weit bis zur Behauptung, dass der Großteil der Solo-Selbstständigen in Wirklichkeit aus Scheinselbstständigen besteht.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Das grenzt schon an Diskriminierung, oder?*

Dr. Lutz: Mit der Gleichsetzung von Solo- und Scheinselbstständigkeit werden nicht nur alle Solo-Selbstständigen herabgewürdigt, sondern zugleich ihre Auftraggeber als Sozialbetreiber kriminalisiert und verunsichert. Deshalb wehren wir uns massiv gegen solche Verallgemeinerungen. Dahinter stehen Vorurteile, aber auch der Versuch, sich lästiger Wettbewerber zu entledigen, etwa im Handwerk. Unsere Strategie beim VGSD ist dabei, mit allen Seiten zu sprechen, um letztendlich zu einer differenzierten Betrachtungsweise beizutragen.

Über die Rolle der Gewerkschaften

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Besonders bei den Gewerkschaften stößt Ihr Engagement auf wenig Gegenliebe.*

Dr. Lutz: Als die »taz« vor wenigen Wochen über unsere Petition berichtete, äußerte sich Andreas Henke von ver.di kritisch – und er war da nicht der erste Gewerkschafter. Er äußerte Verständnis für die strengen Prüfungen der Deutschen Rentenversicherung und findet es „richtig“, dass auf das Entgelt für abhängige Arbeit Sozialversicherungsbeiträge in das Solidarsystem eingezahlt werden“ (Andreas Henke). Die Gewerkschaften wollen die Pflichtmitgliedschaft der Selbstständigen in der Rentenversicherung und verübeln dem VGSD, dass wir uns dagegen vor 3 Jahren erfolgreich gewehrt haben. Durch immer strengere Kriterien aus Selbststän-

digen Scheinselbstständige zu machen, führt aber nur zu Rechtsunsicherheit und verschlechtert die Situation für die Solo-Selbstständigen statt sie zu verbessern.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann hat es sogar gegenüber der »Tagesschau« fertiggebracht, Solo-Selbstständigkeit und Scheinselbstständigkeit gleichzusetzen. Wörtlich: „Im Kontext von Digitalisierung, Industrie 4.0 oder Smart Services erleben wir gerade, dass massenhaft neue so genannte ‚Solo-Selbstständigkeit‘ oder ‚Scheinselbstständigkeit‘ entsteht.“

Dr. Lutz: Viele unserer Mitglieder haben sich über diese Aussage sehr geärgert. Wir haben einen Brief an Reiner Hoffmann geschrieben, und er hat deutlich gemacht, dass seine Aussage missverstanden wurde.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Reden Sie noch mit der Gewerkschafts-Seite?

Dr. Lutz: Bei allem Dissens wollen wir einen sachlichen Dialog mit den Gewerkschaften, der dann hoffentlich zu einem gemeinsamen Problemverständnis führt. Das erwarten auch unsere Mitglieder. Der Brief an Reiner Hoffmann hat zu einer Einladung nach Berlin und zu einem kon-

struktiven Gespräch geführt. Wir haben uns auch mit selbstständigen Gewerkschaftsmitgliedern von der Basis getroffen, die ja die Folgen der Rechtsunsicherheit am eigenen Leib erleben. Wir möchten dafür werben, wirksame Mechanismen zu schaffen, um einen Missbrauch zu verhindern. Das darf aber auf keinen Fall dazu führen, dass alle Selbstständigen zu einem Kollateralschaden werden!

Selbstständige an den Verhandlungstisch

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Im Gegensatz zu Ihrem Verband sitzen die Gewerkschaften allerdings auch mit am Verhandlungstisch.

Dr. Lutz: Deswegen fordern wir, dass auch wir Selbstständigen am Verhandlungstisch einen Platz bekommen und unsere Position selbst vertreten dürfen. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vertritt Selbstständige, darunter viele Journalisten und freiberufliche Lehrer. Das sind aber nicht alle Selbstständigen. Außerdem sind die Gewerkschaften vor allem den Interessen der Angestellten mit unbefristeten Arbeitsverträgen verpflichtet. Ich halte es aber für unrealistisch, alle

Beschäftigungsformen an diesen Standard angleichen zu wollen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Ein gutes Stichwort. In meinen Augen stammen viele (gewerkschafts-) politische Vorstellungen und Gesetze aus den Zeiten der Industriegesellschaft und haben mit der heutigen Arbeitswirklichkeit von Selbstständigen und digitalen Nomaden, die „Nine-to-five-Jobs“ und Präsenzkultur ablehnen, nicht viel gemein.

Dr. Lutz: Wir haben es heute verstärkt mit der Ökonomie einer Wissensgesellschaft zu tun. Es geht nicht mehr ausschließlich um Investitionen in Maschinen, sondern immer mehr um Investitionen in den Kopf. Für diese Veränderungsprozesse benötigt man einen Regelungs- und Schutzbedarf. Die Selbstständigen haben durchaus ein Interesse daran, einen fairen und nicht diskriminierenden Zugang zur Sozialversicherung zu erlangen. Es ist aber so, dass bisherige politische Antworten auf diese Fragestellungen meist aus dem Fundus des Industriezeitalters stammen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Frei nach dem Motto: Wir machen aus den Selbstständigen Scheinselbstständige, aus denen dann irgendwann Angestellte mit unkündbaren Verträgen werden.

6. Kreditrisiko- und Forderungsmanagement Tage

Jetzt anmelden!

05.11.2015 im Dorint Kongress Hotel Düsseldorf / Neuss

In Anbetracht der weiter bestehenden Unsicherheiten im EURO-Raum und der Gefahr eines wiederaufkeimenden kalten Krieges sowie der Schwäche der BRIC-Staaten kann das Kredit- und Forderungsmanagement ein wesentlicher Anker sein, um Risiken zu minimieren und Geschäftsverbindungen zu stabilisieren – auch in wirtschaftlich und politisch schwierigen Regionen. Somit erhält auch in diesem Jahr das Schwerpunktthema „Internationales Forderungsmanagement“ der **6. Kreditrisiko- und Forderungsmanagement-Tage** durch die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung weiter Aktualität. Wirksame Strategien zeichnen sich dabei vor allem dadurch aus, dass Risiken präzise analysiert werden und solide Unternehmensfinanzen immer im Kern der Aufmerksamkeit stehen. Es kommt also auf die Faktenlage an. Nur wer weitere Dimensionen des Ausfallrisikos erkennt, schützt sich vor schnellen Bonitätsurteilen.

Die **6. Kreditrisiko- und Forderungsmanagement-Tage** mit dem Schwerpunkt „B2B“ stellen die neuesten Ansätze zur Diskussion. In diesem Jahr werden mit 9 Praxisbeispielen die Sichtweisen der Anwender neben einigen Lösungsanbietern zu hören sein. Sie können sich an nur einem Tag vor Ort über Lösungen und Strategien im Bereich Kreditrisiko- und Forderungsmanagement informieren und sich mit Kollegen und Experten austauschen. Nutzen Sie die Gelegenheit und erfahren Sie, wie Sie Ihre Prozesse im Bereich Kreditrisiko und Forderungsmanagement weiter optimieren und somit effizienter gestalten können.

Jetzt anmelden unter: www.kredit-risiko-management.de

DEUTSCHE KONGRESS

- Themen
- Erfolgreiche Kommunikation mit säumigen Kunden – In 3 Schritten zu mehr Effizienz im Creditmanagement.
 - Globalisierung und Digitalisierung im Handel – Herausforderung und Ansatzpunkte für das Kredit- und Forderungsmanagement.
 - Was macht das Kreditmanagement in einer Verbundgruppe so schwierig?
 - Indien Spezial – ein Erfahrungsbericht
 - Effiziente Prozesse im Credit Management.
 - Intern: Daten im Kreditmanagement-System – Herausforderung der Daten Beschaffung und Analyse
 - Der moderne Kreditmanagement-Prozess
 - Die Entwicklung einer erfolgreichen Organisation für Credit- und Forderungsmanagement. – vom Bedarf zum dauerhaften Erfolg

Dr. Lutz: Das ist aber völlig an der Realität vorbei! Der Bedarf der Wirtschaft schreit ja regelrecht nach mehr Flexibilität und besteht gerade darin, dass ein Unternehmen sich Expertenwissen flexibel hinzukaufen kann und dafür auch bereit ist, einen höheren Preis zu zahlen. Es ist nicht genügend Zeit, die passenden Leute anzustellen oder betriebsintern auszubilden. Diese Veränderungsprozesse sind in vielen Köpfen scheinbar noch nicht angekommen. Nur so ist für mich zu erklären, dass in Berlin unzeitgemäße Entscheidungen „über“ die Selbstständigen getroffen werden. Es wäre wichtig, dass man „mit“ uns über moderne Formen der Selbstständigkeit sprechen würde. Gerne würden wir der Politik unsere Perspektive auf die sich rasant verändernde Berufswelt vermitteln.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Die politische Auseinandersetzung um die Selbstständigkeit fällt in eine Zeit, in der die Zahl der Existenzgründer deutlich zurückgeht. Der DIW-Arbeitsmarkt-Experte Karl Brenke ist zu dem Ergebnis gekommen, dass „in nahezu allen Wirtschaftsbereichen“ die Zahl der Selbstständigen in der Zeit von 2011 bis 2014 abgenommen hat.

Dr. Lutz: In der Tat haben wir zurzeit auch ein demographisches Problem bei den Selbstständigen. Seit mehreren Jahren verzeichnen wir einen Netto-Rückgang der Zahl von Selbstständigen. Das scheint die Regierungspolitiker allerdings nicht zu interessieren. Im Gegenteil. Wir stellen fest, dass das Bundeswirtschaftsministerium weitere wichtige Förderungen abschafft. Während man einerseits eine „Neue Gründerzeit“ verkündet, schafft man andererseits am gleichen Tag die BAFA-Schulungsförderung ab. Sie war ein wichtiges Instrument, damit Gründer und Selbstständige Zugang zu Know-how bekommen. Wenn man diese Mittelstreichung damit begründet, dass dieses Know-how im Internet oder in Büchern nachzulesen ist, muss die Frage erlaubt sein, warum man 30 Jahre lang derartige Seminare gefördert hat. Manches Wissen lässt sich auch im Internet-Zeitalter nur im persönlichen Kontakt vermitteln. Kurzum: Wenn man jetzt also die Gründungsförderung weitgehend abschafft und zugleich zusätzliche bürokratische Hürden aufbaut, wird man in der Konsequenz tatsächlich immer weniger Gründungen produzieren.

Droht die Verstaatlichung der Gründungsberatung?

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Welche Konsequenzen erwachsen daraus, dass so viele Förderprogramme abgebaut wurden?

Dr. Lutz: Ich befürchte eine Verstaatlichung der Gründungsberatung. Wir werden in eine Situation geraten, in der nur noch öffentliche Stellen und Kammern Beratung anbieten werden. Die Kammern

verfügen aufgrund der Pflichtbeiträge über entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten. Diese Verstaatlichung der Beratung finde ich bedauerlich, weil staatliche Stellen oft sehr weit von der Praxis entfernt sind. Deshalb sind sie häufig nicht in der Lage, besonders kleinen Unternehmen effektiven und glaubwürdigen Rat zu geben. Von daher sehe ich diesen Verstaatlichungstrend als sehr problematisch an.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: In meinen Augen völlig an der Realität vorbei, schreibt »SPIEGEL ONLINE«: „Die deutsche Start-up-Szene vibriert, Gründer ist der neue Sehnsuchtsberuf.“ Stattdessen warnt die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« zutreffender, dass das „Gründerklima in Deutschland bestenfalls wechselhaft“ ist. DIHK-Präsident Eric Schweitzer spricht sogar von einer „Gründungsmisere“.

Dr. Lutz: An dieser Entwicklung sind die Industrie- und Handelskammern nicht ganz unschuldig, denn sie haben in meiner Wahrnehmung eine wichtige Rolle beim Abbau des Gründungszuschusses gespielt. Auch bei den Kürzungen von anderen Gründungsförderungen haben sie sich der Politik nicht in den Weg gestellt. Wenn man jetzt den Gründern mangelnden Mut vorwirft, verkehrt man damit Ursache und Wirkung. Wichtig wäre vielmehr, dass wir nicht nur Hightech-Startups als wünschenswert und förderungswürdig ansehen, sondern dass wir auch die Bedeutung der breiten Masse der Gründer erkennen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Erwarten Sie sich für Solo-Selbstständige mehr Anerkennung und Unterstützung von Seiten der Kammern und Innungen?

Dr. Lutz: Ja! Die Mehrzahl der Mitglieder in den Industrie- und Handelskammern sowie Handwerksinnungen sind schließlich Solo-Selbstständige. Aus repräsentativen und demokratischen Gründen wäre es angebracht, dass sich diese Institutionen viel mehr mit ihren kleinen Mitgliedern beschäftigen und sie zu einem positiven Verhältnis gegenüber den Solo-Selbstständigen finden. Es ist ein Fehler, diese Selbstständigen ausschließlich unter dem Aspekt zu betrachten und zu behandeln, als ob es sich bei ihnen um eine Vorstufe eines größeren Unternehmens handelt. Der Trend geht ja in allen europäischen Ländern in Richtung Solo-Selbstständigkeit. In unserer Wissensgesellschaft nimmt der Bedarf an Independent Professionals (iPros) zu, die zu bestimmten Themen Wissen erwerben und dieses Know-how anderen Unternehmen flexibel zur Verfügung stellen. Das ist eine überaus attraktive Gruppe, deren wachsende Bedeutung die Politik noch nicht ausreichend erkannt hat.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Viele Alleinunternehmer treffen bewusst die Entscheidung, dass sie keine Angestellten haben wollen.

Dr. Lutz: Aus gutem Grund. Sie wollen ihre Fähigkeiten und Ideen alleine vermarkten, weil sie Freude an ihrer Arbeit haben. Sie wissen, dass sie sich mit zunehmender Unternehmensgröße plötzlich in einer Manager-Funktion wiederfinden würden.

Kreative Unternehmer und die Mühlen der Bürokratie

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Besonders viele Kreative wollen „sich nicht mit Steuer- und Arbeitsrecht beschäftigen, mit Märkten und Zielgruppen, mit Businessplänen und Finanzierung“, schreibt Michael Bretz in einer ZEW-/Creditreform-Analyse über junge Unternehmen.

Dr. Lutz: Wer wollte ihnen das verübeln? Beim Thema Businessplan möchte ich allerdings Herrn Bretz widersprechen, denn auch ein 1-Personen-Unternehmen braucht einen Businessplan! Grundsätzlich ist es aber tatsächlich so, dass Selbstständige vor lauter Bürokratie oft nicht mehr zu den Dingen kommen, die ihnen eigentlich Spaß machen und mit denen sie ihr Geld verdienen. Diese Erfahrung machen über kurz oder lang besonders die Solo-Selbstständigen, die die bürokratischen Pflichten nur begrenzt delegieren können und deshalb überproportional viel Zeit für die Erfüllung dieser Pflichten benötigen, soweit sie überhaupt alle kennen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Inwieweit hat diese fehlende Unterstützung auch etwas mit einer pessimistischen Grundeinstellung gegenüber Entrepreneuren zu tun? Andreas von Bechtolsheim, ein in den USA lebender und milliardenschwerer Informatiker, sagte gegenüber dem »Handelsblatt«: „Bei einer Neugründung kommt immer gleich die Frage: Schafft die Firma das, oder sind die nicht sofort pleite?“

Dr. Lutz: Wir haben seit 2003 eine positive Entwicklung in Deutschland erlebt. Viele Menschen haben sich selbstständig gemacht und sind auch wirtschaftlich erfolgreich gewesen. Diese Gründer wollten und wollen mehr Eigenverantwortung für sich übernehmen. Angesichts des Fachkräftemangels sollen die Menschen heute plötzlich anders denken. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Fachkräftemangel und das Thema Rentenversicherung 2 ausschlaggebende Gründe dafür sind, dass die Politik momentan eher gegen die Selbstständigkeit arbeitet. Mehr noch: In den Arbeitsagenturen wird den Gründungswilligen ihr Vorhaben oft regelrecht ausgedreht, um keinen Gründungszuschuss zahlen zu müssen. Das ist allerdings sehr kurzsichtig, wir brauchen von der Politik dringend eine langfristige Orientierung. Es kann schließlich nicht sein, dass eigenverantwortliches Denken und Handeln heute gut und morgen schlecht ist. Langfristig geht der Trend oh-

nehin dahin, dass die Wirtschaft mehr eigenverantwortliche, selbst denkende und auf ihre Fortbildung achtende Wissensarbeiter brauchen wird.

Kredite auch für verwegene Businesspläne?

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Mehr Optimismus und Unterstützung würden sich viele Startups auch von den Kreditinstituten erwarten. Salopp heißt es in Gründerkreisen: „Wenn Du von Deiner Hausbank 500.000 € haben willst, musst Du 600.000 € Sicherheiten mitbringen.“

Dr. Lutz: Wir hören, dass die Politik der Banken beim Thema Kreditvergabe sehr unterschiedlich ist. Manche Institute sind offen für neue Ideen, während andere Banken nahezu jede kleinere Kreditanfrage abblocken. In der Gründerszene wird die Kreditvergabe demzufolge als schwierig wahrgenommen. Trotzdem haben Kredite für die Masse der Gründungen weiterhin eine wichtige Bedeutung.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Johan Aurik von der Management-Beratungsfirma A.T. Kearney kritisiert im »Handelsblatt«: „Den Banken fehlt meist Erfahrung und Expertise, um die teils verwegenen klingenden Businesspläne von Existenzgründern beurteilen zu können.“

Dr. Lutz: Deshalb ist es unseres Erachtens auch so wichtig, dass es in den Kreditinstituten spezialisierte Einheiten gibt. Diesen Einheiten muss innerhalb der Bank eine gewisse Freiheit gewährt werden, damit sie ihr Know-how anwenden bzw. Erfahrungen sammeln können. Es gibt diese Einheiten bereits in einigen Kreditinstituten. Leider baut die Masse der Banken nach wie vor viele Negativkriterien auf, die letztendlich zur Ablehnung auch vieler aussichtsreicher Vorhaben führen. Ich hoffe, dass sich diese Bankenpolitik ändern wird. Wenn Institute ähnlich wie im Privatkundengeschäft Standardprodukte für kleine Firmenkunden entwickeln würden, könnte dies durchaus auch eine Marktchance für diese Banken sein.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Was halten Sie von Crowdfunding als Alternative zum klassischen Bankenkredit?

Dr. Lutz: Der Aufwand für eine Crowdfunding-Kampagne ist erheblich. Ich sehe daher den großen Erfolg des Crowdfundings dort, wo es um innovative Produkte und Produktideen geht. Diese Kampagnen dienen häufig dazu, zu erfahren, inwieweit die Bereitschaft besteht, ein bestimmtes Produkt zu kaufen und dessen Produktion vorzufinanzieren. In diesem Segment finde ich Crowdfunding hervorragend. Wenn es darum geht, einen klassischen Kredit zu ersetzen, sehe ich sehr viele Bereiche, in denen ich auf Firmenkredite nicht verzichten wollte.

Über die (fehlende) Kultur des Scheiterns

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Manche gute Idee und mancher Bankenkredit kann nicht verhindern, dass Träume von Selbstständigen wie Seifenblasen zerplatzen. Am Ende der Fahnenstange steht die Liquidation oder die – oft als Schande angesehene – Insolvenz des Unternehmens. Brauchen wir in Deutschland – wie Johan Aurik im »Handelsblatt« forderte – einen Bewusstseinswandel und eine „Kultur des Scheiterns“?

Dr. Lutz: Studien zeigen, dass Selbstständige ganz überwiegend auch nach einem Scheitern anderen Selbstständigen eine Gründung empfehlen würden. Ganz sicher würden sie selbst nicht mehr dieselben Fehler machen. Eine Phase der Selbstständigkeit qualifiziert, auch für eine Festanstellung, weil man durch die gewonnenen Erfahrungen viel markt- und lösungsorientierter denkt. Trotzdem sollten wir die Gründer natürlich so gut beraten, dass sie sich die Erfahrung des Scheiterns möglichst ersparen können.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Wie stehen Sie zu Haftungsbeschränkungen?

Dr. Lutz: Eine Haftungsbeschränkung ist für viele Gründer und Selbstständige

attraktiv. Die Mehrzahl der Existenzgründer macht sich aber als Einzelunternehmer bzw. bei Teamgründungen als GbR selbstständig. Um es sich gerade am Anfang so einfach wie möglich zu machen und eine Geschäftsidee so schnell wie möglich austesten zu können, würde ich den meisten Gründern zu diesen Rechtsformen raten. Funktioniert das Geschäftsmodell, kann man dann immer noch eine Kapitalgesellschaft gründen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Statt Häme und Schadenfreude über einen gescheiterten Unternehmer zu schütten, müssten wir zu einer Kultur der 2. Chance kommen.

Dr. Lutz: Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner hat dies in seiner Düsseldorfer Wutrede, in der er seine Partei als liberale Schutzmacht für alle Risikobereiten und Gründungswilligen darstellte, sehr deutlich formuliert. Wer es nicht versucht hat, kann natürlich auch nicht scheitern! Ich bringe Unternehmern, die insolvent gegangen sind, einen größeren Respekt entgegen, als Menschen, die sich immer selbstständig machen wollten und sich nie getraut haben.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Das Lied „Immer wieder aufstehen“ könnte zum Motto der gescheiterten Unternehmer werden, die seit einiger Zeit in Großstädten auf so genannten „Fuckup Nights“ auftreten und vor großen Auditorien über ihren Schiffbruch sprechen.

Dr. Lutz: Beim Konzept der „Fuckup Nights“ finde ich sehr schön, dass sich Menschen trauen, über Dinge zu sprechen, die nicht funktioniert haben. Daraus kann man schließlich am meisten lernen. Sie kennen bestimmt das Zitat: „Jeder Fehler ist schon einmal gemacht worden, nur noch nicht von jedem.“ Ich sehe meine Aufgabe deshalb auch darin, anderen Menschen das Machen von Fehlern zu ersparen. Das setzt natürlich eine gewisse Beratungsaffinität voraus. Manche Menschen möchten die Fehler lieber selbst machen.

Das Gespräch führte Detlef Fleischer



Die Zukunft des Bezahlens ist da: das NFC-Terminal mit girogo.

Profitieren auch Sie vom kontaktlosen Bezahlen.

Holen Sie sich jetzt Ihr NFC-Terminal. Ihre Kunden halten nur kurz die Karte daran – fertig! 45 Millionen SparkassenCards sind bereits mit girogo ausgestattet. Nutzen Sie deshalb schon heute die Bezahlweise von morgen. Mehr Informationen bei uns oder unter girogo.sparkasse.de

Kreissparkasse Düsseldorf

freundlich · flexibel · fair